



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Januar 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 375 Postulat Sager Urban und Mit. über Massnahmen gegen den Fachkräftemangel bei der Luzerner Logopädie / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Urban Sager hält an seinem Postulat fest.

Urban Sager: Bereits im Frühjahr 2019 spitzte sich die Lage bei der Besetzung der Stellen der Logopädie zu. Es kam zu Abwanderungen und Kündigungen, was die bereits sehr angespannte Lage weiter verschärfte. Im aktuellen Schuljahr müssen nun aufgrund fehlender Fachpersonen Therapiemassnahmen gestrichen werden. Das bedeutet, dass Kinder, die für ihren weiteren Bildungs- und Lebensweg dringend auf eine sprachliche Förderung angewiesen sind und denen eine solche Förderung eigentlich auch zusteht, diese nicht bekommen. Weil Stellen eine Zeit lang nicht besetzt waren, sind lange Wartezeiten entstanden, die nur noch schwer aufgearbeitet werden können. Kinder, die nur leicht oder mittelschwer betroffen sind, müssen oftmals lange auf Therapieplätze warten oder erhalten allenfalls gar nur eine Beratung. Die Anzahl neu ausgebildeter Logopädinnen hat in den letzten Jahren stagniert, während die Luzerner Bevölkerung gewachsen ist. Dank dem System der integrativen Sonderschulung werden zudem vermehrt Kinder mit starken Entwicklungsstörungen in Regelklassen betreut, was wiederum die Anforderungen an Logopädinnen erhöht, dies bei einem immer stärkeren Fachkräftemangel. Das alles ist besorgniserregend, denn die Schule hat für unsere Gesellschaft eine ganz zentrale Integrationsfunktion, und Sprache ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration. Entsprechend bin ich froh, dass der Regierungsrat die herausfordernde Situation endlich erkennt und bereit ist, etwas dagegen zu unternehmen. Seine Vorschläge gehen jedoch zu wenig weit. Um die Situation nachhaltig zu entschärfen, braucht es weiter gehende und umfassendere Massnahmen. Deshalb halte ich an meinem Postulat fest. Ein Aufbau eines eigenen Lehrgangs an der PH Luzern wird ausgeschlossen, die Nachfrage wäre laut Regierungsrat zu klein. Diese Argumentation ist für mich nicht nachvollziehbar. Der erhöhte Bedarf ist bereits heute ausgewiesen, auch in anderen Innerschweizer Kantonen. Hier könnte Luzern also auch in Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen ein Angebot für die gesamte Region schaffen, an dem sich auch die Nachbarkantone finanziell beteiligen. Ein eigenes Angebot in der Zentralschweiz würde die Situation nachhaltig entschärfen, das zeigt der in der Vergangenheit aufgebaute Ausbildungslehrgang für Sekundarlehrpersonen auf der Sekundarstufe I eindrucklich. Der Hinweis der Regierung, alle Logopädinnen sollten einfach etwas mehr arbeiten, dann sei das Problem gelöst, schiebt die Verantwortung auf die Angestellten. Es liege an ihnen, das Problem zu lösen. Dem möchte ich vehement widersprechen. Der Kanton Luzern als Arbeitgeber steht in der Pflicht, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass mehr Menschen an diesem Job interessiert sind oder in höheren Pensen arbeiten wollen. Das heisst, dass sich die Regierung die Frage

stellen muss, weshalb so viele Logopädinnen nur Teilzeit arbeiten. Das liegt sicherlich zum einen an der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das andere ist aber die Ausgestaltung des Berufs. Viele Logopädinnen arbeiten nämlich in einem reduzierten Pensum, um die Arbeitszeiten während der Schulwochen nicht auf deutlich über 100 Prozent anwachsen zu lassen. Hier braucht es Lösungen, wie sie beispielsweise bei der Schulsozialarbeit bereits getroffen wurden. Nicht zuletzt haben Logopädinnen im Vergleich zu den an Luzern angrenzenden Kantonen tiefere Löhne. Der Regierungsrat argumentiert, dass eine Anhebung den Quervergleich mit den Primarlehrpersonen aus dem Gleichgewicht bringen würde. Es geht hier um die Behebung eines Fachkräftemangels. Mit den höheren Löhnen sind die anderen Kantone diesbezüglich besser aufgestellt. Wir sollten etwas unternehmen, um das auszugleichen und auch unseren Kindern eine sprachliche Förderung anbieten zu können. Ich danke für die Erheblicherklärung meines Postulats.

Rosy Schmid-Ambauen: Der Fachkräftemangel in der Logopädie, aber auch in anderen schulischen Diensten und ganz allgemein in einigen Branchen auf dem Arbeitsmarkt besteht schon lange und ist für alle Betroffenen eine grosse Herausforderung. In ihrer Stellungnahme zeigt die Regierung vier Massnahmen auf, mit denen sie den Fachkräftemangel beheben möchte. Im Resümee schreibt sie sogar, dass sie ebenfalls Vorgaben für den Einsatz der Ressourcen bei einer Stellenvakanz ausgearbeitet hat, um partielle Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen und situationsgerechte Lösungen vor Ort zu ermöglichen. Um technische Sprachstörungen der Kinder zu beheben, ist die Logopädie sehr wertvoll. Es ist wichtig und wirkungsvoll, wenn Kinder bei Bedarf diese Probleme so früh wie möglich lösen können und dafür möglichst früh Zugang zur Logopädie erhalten. Dazu braucht es natürlich genügend Fachkräfte. Damit es genügend Fachkräfte hat, müssen genügend viele Personen ausgebildet werden. Darum meint die FDP, dass die Regierung auch überprüfen sollte, ob die Aufnahmebedingungen zur Weiterbildung in der Logopädie ausgedehnt werden können, dass zum Beispiel nicht zwingend eine gymnasiale Matura nötig ist, sondern auch andere Ausbildungen oder Berufsgruppen anerkannt werden. Einige kritische Worte zur Diagnostik: Immer wieder hört man, dass zu viele Therapien verschrieben werden, weil der Therapeut auch die Diagnose stellt und damit seine Auftragsbücher füllt. Das ist kein schöner Vorwurf, und hier sollte die Regierung ein Auge darauf haben und wenn möglich die zwei Aufgaben auseinandernehmen. Eine andere Tatsache ist, dass die Kinder jetzt ein Jahr früher in die Schule gehen. Viele Fachpersonen sind sich darin einig, dass dies vor allem für die Reife der Kinder Folgen hat. Dazu kommt, dass die Kinder sehr unterschiedlich sind. Die Aspekte, die verbal immer sehr hochgehalten werden, wie wie viel Zeit ein Kind haben darf, um sich zu entwickeln, wie gleich alle Kinder sein müssen, wo die Individualität anfängt und wo sie aufhört, sind zu berücksichtigen. Der FDP ist es wichtig, dass den Kindern auch genügend Zeit für ihre Entwicklung gelassen wird. Aus den genannten Gründen unterstützt die FDP die teilweise Erheblicherklärung.

Gabriela Schnider-Schnider: Wir danken der Regierung für die aufschlussreiche Stellungnahme. Das Anliegen hat Urban Sager mit seiner Anfrage A 62 bereits im Juni 2019 in den Rat gebracht, und er hat auf den herrschenden Fachkräftemangel bei schulischen Diensten hingewiesen. Im selben Jahr ist beim Bildungs- und Kulturdepartement die Beschwerde eines betroffenen Familienvaters eingegangen. Grund dafür war damals die Streichung von Therapiemassnahmen für seinen Sohn aufgrund des Fachkräftemangels bei den Logopädinnen. Der Mangel an genügend ausgebildeten Logopädinnen ist ausgewiesen. Er wird einerseits durch diverse Pensionierungen in den vergangenen Jahren begründet, andererseits durch die wachsenden Zahlen bei den Lernenden mit Bedarf an Lektionen in der integrativen Sonderschulung. Auch die CVP sieht im Bereich der Ausbildung Handlungsbedarf. Die vier Deutschschweizer Ausbildungsstätten in Zürich, Basel, Rorschach und Freiburg bestätigen, dass die Nachfrage nach Logopädiestudienplätzen gross sei. Es fehlen aber genügend Ausbildungsplätze. Für Luzern ist der Zugang nur limitiert. Aktuell können zum Beispiel bei der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich nur gerade zwei Plätze von Luzerner Studierenden belegt werden. Die CVP begrüsst es deshalb, dass Verhandlungen mit der Hochschule für Heilpädagogik in Zürich geführt

werden, damit ab nächstem Studienjahr weitere Studienplätze von Luzerner Logopädiestudierenden belegt werden können. Auch die Prüfung der Schaffung eines Ausbildungsganges für Logopädie in Luzern in Zusammenarbeit mit ausserkantonalen Hochschulen findet sie unterstützenswert. Aus praktischen Gründen eher kritisch beurteilt die CVP die angestrebten Pensenerhöhungen der Logopädinnen. Sie dürfen nur als kurzfristige Überbrückungsmassnahme gelten. Die Forderungen einer höheren Lohnstufeneinteilung lehnt die CVP hingegen ab. Die Regierung hat plausibel aufgezeigt, dass die Entlöhnung vergleichsweise gerechtfertigt ist und der Kanton sich damit im innerschweizerischen Mittel bewegt. Die Stellenbesetzungen im Bereich der Logopädie sind ein gesamtschweizerisches Problem. Stand 24. Januar 2021 befinden sich auf der Webseite des Deutschschweizer Logopädieverbandes 75 Stelleninserate, wovon 5 unseren Kanton betreffen. Die CVP folgt der Empfehlung der Regierung und stimmt für eine teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Angelina Spörri: Seit dem Frühjahr 2019 ist bekannt, dass im Kanton Luzern ein Fachkräftemangel im Bereich der Logopädie besteht. Die Situation hat sich auf das aktuelle Schuljahr so weit verschärft, dass Therapiemassnahmen gestrichen werden mussten. Zusätzlich wird eine logopädische Unterstützung spätestens am Ende der sechsten Primarstufe eingestellt, teilweise schon nach der vierten. Auf der Sekundarstufe wird Logopädie nicht weitergeführt. Das alles hat teils gravierende Folgen. Kinder mit einer zu wenig oder gar nicht therapierten Sprachstörung zeigen mit steigendem Alter oft Symptome wie emotionale Verzögerung, Unfähigkeit, die eigenen Bedürfnisse auszudrücken, mangelndes Selbstwertgefühl, Depressionen und weitere. Das hat Auswirkungen auf die schulische und berufliche Laufbahn, denn das ist definitiv kein guter Start ins Erwachsenenalter. Die Gründe für den Mangel an Logopädinnen sind Abwanderungen und Pensionierungen. Abwanderungen passieren auch, weil die Löhne in den Nachbarkantonen höher sind und die Prognose in Bezug auf die Arbeitsbelastung in naher Zukunft wohl nicht besser aussieht. Während die Bevölkerung wächst, stagniert die Anzahl neu ausgebildeter Logopädinnen. Die Begründung scheint uns ein wenig zu einfach, dass die Löhne nicht angepasst werden können, weil sonst Primarlehrpersonen weniger verdienen. Auch der Ansatz, Logopädinnen für eine Pensenerhöhung zu motivieren, wird den Fachkräftemangel nicht beheben. Die Verhandlungen mit der Hochschule für Heilpädagogik in Zürich, dass sie mehr als zwei Studierende aus Luzern aufnimmt, unterstützen wir als kurzfristige Lösung. Die Prüfung der Schaffung eines Ausbildungsganges für Logopädie in Luzern erachten wir als gutes langfristiges Ziel. Wir sind aber auch der Meinung, dass eine eigenständige, durch die PH Luzern angebotene Ausbildung nicht einfach so ad acta gelegt werden sollte. Hier gilt es aus Sicht der GLP Projekte zügig voranzutreiben. Die GLP-Fraktion stimmt deshalb für die Erheblicherklärung des Postulats.

Jonas Heeb: Dass die Situation für die Logopädinnen und Logopäden im Kanton Luzern suboptimal ist, dürfte allen klar sein. Wir begrüssen es, dass bereits Massnahmen getroffen werden und die Problematik erkannt und angegangen wird. Ob der Problematik aber mit den aufgeführten Massnahmen auch Rechnung getragen wird, ist für uns teilweise fraglich. Von einer höheren Lohnklasse lässt man die Finger, weil diese gegenüber anderen Berufsgruppen ungerechtfertigt wäre. Das mag sein. Aber vielleicht müsste man sich dann generell einmal Gedanken machen über die Lohnklassierung des schulischen Personals, anstatt in diesem Bereich einfach gar nichts zu unternehmen. Grosses Stirnrunzeln verursachte der Vorschlag, dass die Logopädinnen und Logopäden ermutigt werden sollen, ihre Pensen zu erhöhen. Das Problem wird damit auf die Betroffenen abgewälzt, anstatt dass man die Ursachen angeht. Diejenigen, die jetzt schon überfordert sind, sollen es richten. Für einen Kanton, dem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf etwas wert ist, ist das aus meiner Sicht eine unwürdige Antwort. Die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen ist sicher ein wichtiger Aspekt, der weiterzuerfolgen ist. Eine Lösung in Luzern oder zumindest in der Zentralschweiz wäre auf jeden Fall wünschenswert, da schliesse ich mich den vorherigen Voten an. Neue Studiengänge schaffen auch immer Impulse für angehende Studierende. Ich glaube kaum, dass hier die Nachfrage ein Problem wäre. Darum finde auch

ich es schade, dass ein Studiengang an der PH Luzern in der Stellungnahme des Regierungsrates mit einem Satz direkt ausgeschlossen wird. Nebst dem, dass betroffene Schülerinnen und Schüler auf Wartelisten gesetzt werden müssen, gibt es auch viele, die ganz durch die Maschen fallen. Gerade Lernende, welche «nur» eine leichte Sprachentwicklungsstörung aufweisen, erhalten in der Regelschule oft nicht die nötige Unterstützung. Die IF-Lehrpersonen haben kaum eine Chance, diesen Umstand zu erkennen, geschweige denn zu behandeln. Mit den entsprechenden Kompetenzen bei der Ausbildung von IF-Lehrpersonen könnten allenfalls auch solche Fälle aufgefangen werden. Natürlich wäre diese Möglichkeit nur mit einer gleichzeitigen Ressourcenaufstockung beim IF-Personal möglich, welche schon längst überfällig wäre. Die Folgen einer solchen Störung gehen in der Jugend von Ängsten und Unsicherheiten über Isolation bis hin zu Depressionen. Es gibt also einige Ansatzpunkte, um dieser Situation entgegenzuwirken. Im Sinn einer griffigen Umsetzung bitte ich Sie um die Erheblicherklärung des Postulats.

Bernhard Steiner: Das Postulat von Urban Sager greift ein Thema auf, das seit Jahren unbefriedigend ist. Das sage ich als Kinderarzt und nicht nur vom Hörensagen. Wir haben zu wenig Logopädinnen. Viele Pensen müssen in der Logopädie vakant bleiben oder können erst nach intensiven Stellenausschreibungen besetzt werden. Das hat einerseits damit zu tun, dass eine zunehmende Zahl von Schülerinnen und Schülern eine Sprachbehinderung aufweisen oder eine integrative Sonderschulung benötigen. Andererseits werden mehr Logopädinnen pensioniert als ausgebildet. Der Mangel an Logopädinnen führte je nach Region zu langen Wartelisten. Das betrifft aber nicht nur Kinder und Jugendliche in der Primar- und Sekundarschule, sondern auch die kleinen Vorschulkinder. Gerade hier sind Wartezeiten von mehreren Monaten besonders gravierend, weil sich nicht behandelte Sprachdefizite besonders negativ auf die frühkindliche Entwicklung auswirken. Auch zeigen Rückmeldungen von Oberstufenlehrpersonen, dass gerade sprachliche Defizite die Berufschancen und die berufliche Integration erschweren. Wie so oft haben Kinder für ihre politischen Anliegen keine Lobby. Das Problem ist der Regierung bekannt, doch die bisherigen Massnahmen waren nicht erfolgreich, und die Probleme bestehen weiterhin. Die Mehrheit der SVP-Fraktion stimmt deshalb für die Erheblicherklärung des Postulats.

Andy Schneider: Das Anliegen des Postulats ist berechtigt und unbestritten. Fraglich scheint einzig, ob es vernünftige Lösungsvorschläge gibt. Die vier von der Regierung geprüften Vorschläge haben das Problem offenbar noch nicht gelöst. Ich bin Schulleiter in einem Primarschulhaus in Emmen. Im vergangenen November haben etwa 35 Kinder auf einen Therapieplatz in der Logopädie gewartet. Aktuell sind es weniger, da wir therapeutische Unterstützung aus Deutschland erhalten haben. Als Gemeinderat für Bildung und Kultur in Rothenburg wurde ich vom Schuldienstleiter soeben in Kenntnis gesetzt, dass eine Logopädin mit einem hohen Pensum gekündigt hat und wir deshalb eine Nachfolge finden müssen. Das Departement hat seine Hausaufgaben nicht gemacht, um genügend Logopädinnen auszubilden respektive gute Anstellungsbedingungen zu schaffen, dies nicht erst seit gestern. Dieser Umstand auf Kosten der Kinder dauert nun schon seit Jahren an. Die integrative Förderung und Sonderschulung werden auf Kosten der Schülerinnen und Schüler dadurch massiv gefährdet. Ich habe mit drei Logopädinnen und einem Schuldienstleiter Ideen gesammelt. Dies ergab eine Liste mit über 20 Vorschlägen. Ich werde nun so viele vorlesen, wofür die Zeit reicht. Die Liste umfasst folgende Bereiche: Ausbildungsgänge, Attraktivität der Ausbildung, Besoldung, Entlastung, Prävention und Innovation, Attraktivierung des Berufsfeldes und gesellschaftspolitische Massnahmen. Zu den Ausbildungsgängen: Der Ausbildungsgang an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Basel könnte vom Zweijahresrhythmus auf einen Jahresrhythmus ausgebaut werden. Man könnte die Buchung subventionierter Ausbildungsplätze in allen vier Ausbildungsstätten anstreben. Die vollständige Liste werde ich danach Regierungsrat Marcel Schwerzmann übergeben. Ich bitte um die Erheblicherklärung des Postulats.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Wir sind uns in diesem Saal darin einig, dass wir dieses Thema lösen müssen. Ich bleibe bei den Fakten. Es gibt 73 Vollzeitstellen in der Logopädie im

Kanton Luzern. Davon sind 68,2 Stellen besetzt. Es fehlen also 4,8 Stellen. Das entspricht etwa diesen 5 ausgeschriebenen Stelleninseraten. Diese Stellen werden durch 113 Personen besetzt. Das ergibt ein durchschnittliches Pensum von etwa 60 Prozent. Das kleinste Pensum, das ich in der vollständigen Liste gefunden habe, liegt bei 10 Prozent, notabene bei Personen, die wir zu 100 Prozent ausbilden. Wir haben eine durchschnittliche Arbeitskraft von 60 Prozent. Das hat seine Gründe, zum Beispiel familiäre, und da ist grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden. Ich habe mich mit zwei Co-Präsidentinnen des Logopädieverbandes unterhalten. Sie haben mir bestätigt, dass 73 Stellen genug sind. Sie sind nur nicht besetzt. Die Frage ist also nicht, ob wir genügend Stellen haben, sondern ob wir sie besetzen können. Wir haben diskutiert, was man machen könnte. Wir können ja nicht einfach drei oder vier Jahre warten, bis wir einen Lehrgang haben, sondern wir müssen schnell handeln. Kurzfristig könnte man die Pensen erhöhen. Das würde etwa 4 Prozent Pensenerhöhung pro Person bedeuten. Es gibt auch einen Zentralschweizer Kanton, der jetzt vorübergehend einfach zwei Kinder zu einer Lehrperson nimmt. Dann ist das Thema kurzfristig erledigt, mittel- und langfristig noch nicht. Was steht dafür an? Es gibt fünf Ausbildungsstätten in der Deutschschweiz. Eine fällt weg, denn Rorschach ist eine Weiterbildungs- und nicht eine Ausbildungsstätte. Insbesondere der Logopädieverband lehnt eine Weiterbildung ab. Es verbleiben also die PH Nordwestschweiz in Muttenz und die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik in Zürich. Mit diesen zwei Ausbildungsstätten kann man grundsätzlich zusammenarbeiten. Es gibt Zentralschweizer Kantone, die Träger dieser Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich sind. Luzern ist das nicht und hat daher nur zwei garantierte Plätze für Logopädinnen. Wir haben aber noch 13 Ausbildungsplätze für andere Ausbildungen. Wir können diese erhöhen, indem wir sie kaufen. Wir müssen sie dann aber auch bezahlen, wenn sie nicht belegt werden. An der PH Nordwestschweiz in Muttenz gibt es alle zwei Jahre einen Lehrgang, weil es nicht genügend Interessenten gibt. Sie wären bereit, das jährlich anzubieten. Man kann darüber diskutieren, ob wir das in Luzern anbieten. Wir haben aber nicht genügend Interessentinnen, um einen eigenen Lehrgang anzubieten, weil einige Zentralschweizer Kantone Träger der Hochschule in Zürich sind und ihre Interessentinnen dorthin schicken. Wir könnten uns jedoch vorstellen – das habe ich mit der PH bereits diskutiert –, dass man zum Beispiel die PH in Muttenz anfragt, ob sie einen Lehrgang in Luzern anbieten würde. Das wäre relativ schnell und erfolgversprechend. Es braucht dafür auch die Lehrpersonen und nicht nur die Studierenden. Wir arbeiten daran, eine Lösung zu finden, aber wir müssen uns auch kurzfristig bewegen. Noch eine Bemerkung: Es gibt im Bildungsbereich schon sehr viele Gruppierungen, Verbände und Konferenzen. Es enttäuscht mich etwas, wenn ein Logopädieverband unter der Volksschulämterkonferenz einen Missstand feststellt und diesen einfach nach oben delegiert. Ich erwarte von solchen Konferenzen und Verbänden, dass sie zusammen Lösungen erarbeiten und Vorschläge nach oben weiterleiten mit einem Antrag auf Umsetzung. Hier stellte man ein Problem fest und ging zur Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz, diese leitete das weiter an die PH, wo es jetzt liegt. So können wir keine guten Lösungen finden. Ich erwarte von den Verbänden Lösungsvorschläge. Ich bitte Sie, das Postulat teilweise erheblich zu erklären. Wir sind daran, eine Ausbildung zu generieren. Aber um selber eine Ausbildung an der PH Luzern anzubieten, fehlen uns das Lehrpersonal und die Interessentinnen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 64 zu 44 Stimmen teilweise erheblich.